

# Leipziger Tageblatt

## und Handels-Zeitung Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

**Bezugspreis:** für Leipzig und Vororte jährlich 120 Mark, halbjährlich 60 Mark, vierteljährlich 30 Mark; für andere Städte jährlich 130 Mark, halbjährlich 65 Mark, vierteljährlich 32,50 Mark. Einzelhefte 1 Mark. Die Preise verstehen sich für den Abonnenten, der die Zeitung durch den Postweg empfangen will. Die Postgebühren sind extra zu bezahlen. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Zeitungen nicht verantwortlich. Die Druckerei ist für die Druckfehler nicht verantwortlich.

114. Jahrgang

**Anzeigenpreis:** für Leipzig und Vororte 1 Mark pro Linie und Tag; für andere Städte 1,20 Mark pro Linie und Tag. Die Preise verstehen sich für den Auftraggeber, der die Anzeigen durch den Postweg empfangen will. Die Postgebühren sind extra zu bezahlen. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Zeitungen nicht verantwortlich. Die Druckerei ist für die Druckfehler nicht verantwortlich.

Nr. 320

Dienstag, den 18. Juli

1920

## Heute Entscheidung in der Kohlenfrage

### Sonderbesprechung der Regierungshäupter

Herabsetzung der Entenlieferungen in der Kohlenfrage auf 2 Millionen Tonnen. — Einsetzung besonderer Ausschüsse für die Wiedergutmachung und die Ernährungsfrage.

Spa, 12. Juli. (Drahtbericht.) Heute nachmittags um 1/4 4 Uhr trafen die Häupter der auf der Konferenz vertretenen Regierungen zu einer Sonderbesprechung zusammen, an der deutscherseits Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons teilnahmen. Zunächst wurde erneut die Kohlenfrage erörtert. Die alliierten Regierungen teilten mit, daß sie nach eingehender Prüfung zu dem Beschlusse gekommen seien, daß es grundsätzlich bei der im Friedensvertrag vorgesehenen Festsetzung der deutschen Kohlenlieferung bleiben müsse, daß aber die von der Wiedergutmachungskommission auf monatlich 2 1/2 Millionen Tonnen festgesetzte Kohlenmenge angesichts der deutschseits dahingegen erhobenen Bedenken für die nächsten 6 Monate versuchsweise auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt werden solle. Reichsminister Dr. Simons erklärte darauf nach Rücksprache mit den deutschen Sachverständigen, daß der deutschen Regierung auch ein Verprechen, monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern, unmöglich sei. Jurezit könnten nur 1-1,1 Millionen Tonnen monatlich geliefert werden. Es sei aber eher zu fürchten, daß die Erzeugung zurückgehen würde, da die Verwaltungen wegen Mangel an Ernährung immer unmühtiger werden, Lieferhöhen zu verfahren. Könnte man die Nahrungsmittelversorgung verbessern, so wüde sich die Erzeugung innerhalb weniger Wochen so heben lassen, daß den Alliierten etwa 300 000 Tonnen im Monat mehr angelegt werden könnten. Eine weitere Steigerung um 300 000-400 000 Tonnen würde durch die Ausdehnung neuer Bergwerke möglich sein, aber erst im Laufe der nächsten Monate. Sofern ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht möglich sein sollte, würde die deutsche Regierung vor die Festsetzung der zu liefernden Mengen der Wiedergutmachungskommission zu überlassen, die dann die Verantwortung für die Folgen und die Sorge für die Durchsicherung ihrer Befehle zu tragen habe. Die alliierten Regierungschefs erklärten nach längerer Sonderbesprechung, daß es bei dem mitgeteilten Entschlusse kein Wenden haben dürfe, sofern nicht die deutschen Vertreter ihren Beschlusse nochmals in Erwägung ziehen wollten, was besonders Lord George dringend empfahl. Reichsminister Dr. Simons versprach nach einer nochmaligen Beratung der deutschen Sachverständigen morgen die endgültige Antwort zu geben.

Dann wurde in die Besprechung der allgemeinen Wiedergutmachungsfragen eingetreten. Die alliierten Regierungen machten den Vorschlag, zur Prüfung des ganzen Komplexes der von Deutschland gemachten Vorschläge eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus den zuständigen Ministern der alliierten Staaten, ferner aus dem Vorkämpfer Frankreichs und Großbritanniens in Berlin und den Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission und Einzelpersonen bestehen sollte. Die deutschen Delegierten stimmten diesem Vorschlage zu und überreichten im Anschlusse daran ein Exposé des Reichsernährungsministeriums, in dem vorgeschlagen wird, auch für die Ernährungsfragen einen besonderen Ausschuss einzusetzen.

Die Sitzung werde gegen 6 Uhr geschlossen und eine neue Sitzung der Regierungshäupter auf morgen nachmittags 1/2 5 Uhr angesetzt.

### Neuer Versuch der Entente zur Durchsetzung des Kohlenediktes

Die Sitzung des Obersten Rates — Erledigung der Kohlen- und Wiedergutmachungsfrage vor Beendigung der Konferenz.

Spa, 12. Juli. (Drahtbericht.) Unseres nach Spa entfallenden Sonderberichterstatters.) Der Oberste Rat trat heute früh 10.30 Uhr zusammen und lagte bis 1 Uhr. Er prüfte die noch nicht erledigten Fragen, die auf dem Programm der Konferenz standen. Nach Schluß der Sitzung erklärte Millerand, daß seine Absicht die Konferenz ihre Arbeiten fortsetzen wird, ohne daß ein bestimmtes Datum für ihre Beendigung festgesetzt werden könne. Die Alliierten wüchsten ein für allemal die Fragen der Kohlenlieferung und Wiedergutmachung zu beenden und von den Deutschen genaue Zahlen und feste Zusagen zu erhalten. Die Alliierten hätten ursprünglich die Absicht gehabt, die deutschen Vorschläge über die Kohlenlieferung und die Wiedergutmachung an die Wiedergutmachungskommission in Paris zu überweisen, doch wären sie zu der Ansicht gelangt, daß es nützlich sei, vorerst die Wünsche der Deutschen kennen zu lernen bezüglich dessen, was die deutsche Regierung in der Frage der Kohlenlieferung zu tun gedünke. Die Alliierten seien sich in der Kohlenfrage vollkommen einig, hielten es jedoch für angezeigt, mit dem Chef der deutschen Regierung direkt zu verhandeln. Auch die Sachverständigen seien der Ansicht, daß dies das beste Verfahren sei, um etwas Positives zu erreichen. Hugo Stinnes habe die Hälfte der von der Wiedergutmachungskommission vorgeschlagenen Kohlenmenge angeboten. Die alliierten Delegierten wüchsten zu wissen, ob Fehrenbach und Dr. Simons, die für die deutsche Regierung verantwortlich seien, angesichts der politischen Lauffachen nicht mehr guten Willen an den Tag legen wollten. Was die deutschen Pläne hinsichtlich der Wiedergutmachung betreffe, so hätten die Alliierten beizufallen, in Spa selbst die Grundregeln und Direktiven festzusetzen und es der Wiedergutmachungskommission zu überlassen, nachträglich die Wiedergutmachungsziffern zu bestimmen und den Modus ihrer Verwirklichung festzusetzen. Die allgemeinen Angaben der Deutschen wären daher den Vertretern der Wiedergutmachungskommission in Spa zu unterbreiten. Diese werde morgen oder übermorgen ihre Ansichten bekunnen und nach ihrer Prüfung durch die Alliierten werde die Konferenz versuchen, die Richtlinien eines allgemeinen Planes anzunehmen. Inzwischen würden die alliierten Vertreter die Verteilung der deutschen Entschädigung unter den Alliierten endgültig regeln.

Hierauf beschloß man, einen neuen Versuch zu machen, die formelle Zustimmung der deutschen Delegation zu dem Beschlusse zu erhalten, den die Alliierten ihr bezüglich der Kohlenlieferung vorlegen werden, und sich zu bemühen, aus den von den Deutschen unterbreiteten Plänen bezüglich der Wiedergutmachungskommission Richtlinien herauszuschälen, die es ermöglichen, alle Fragen ihrer Verwirklichung anzuführen. Entsprechend diesem Beschlusse wurde die Vollziehung der Konferenz, die heute morgen stattfinden sollte, auf Dienstag verschoben.

### Das amtliche Abstimmungsergebnis in Westpreußen

Berlin, 12. Juli. (Drahtbericht.) Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in Westpreußen für Deutschland 98 889 Stimmen abgegeben, für Polen 777, zusammen 104 889 Stimmen. Für Deutschland stimmten 92,4 Prozent, für Polen 7,8 Prozent.

Königsberg, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Entscheidung über unsere Grenzmark ist gefallen. Wie von den meisten Deutschen erwartet und zweifellos erwartet, daß sich für unser geliebtes Vaterland die gewaltige Mehrheit in den ost- und westpreussischen Abstimmungsgebieten entscheidet. Ob Westpreußen, ob Ostpreußen — alle Teile der Bevölkerung und alle Berufsarten und Volksschichten haben sich dahin entschieden: Wir sind Deutsche und Deutsche wollen wir bleiben.

Was die polnischen Mehrheiten anbetrißt, so wurde in den Grenzbezirken der Kreise Osterode, Dirschau, Brest, Groß-Remelde und Kappeln eine polnische Mehrheit erzielt. Die Dörfer liegen hart an der Grenze und müssen daher als stark gefährdet gelten. Im Kreise Heidenburg hat nur Turau-Kirche und Turau-Ort eine polnische Mehrheit aufzuweisen, dagegen ist Turau in großer Mehrheit deutsch. Im Landkreis Allenstein sind drei Dörfer mit polnischer Mehrheit aus der Abstimmung hervorgegangen, Leschnow, Wemitten und Schilling. Diese Dörfer können aber das Abstimmungsergebnis in keiner Weise beeinflussen. Gerade der Landkreis Allenstein wurde von den Polen immer als durchs polnisch in Anspruch genommen. In einzelnen gefährdeten Ortschaften ist die Zahl der deutschen Stimmen doppelt so groß wie die polnische. In Westpreußen hat der Kreis Stahn, der als besonders gefährdet galt, nur 4919 polnische gegen 18 998 deutsche Stimmen aufzuweisen. Auch die Stadt Stahn hat überwiegend deutsch gestimmt. In auswärtigen Abstimmungsgebieten sind im ganzen 125 000 in die Abstimmungsgebiete beiderseitig worden.

Berlin, 12. Juli. (Drahtbericht.) Der Deutsche Schutzbund teilt mit: Der erste Sonderzug, der die Ost- und Westpreußen von der Volksabstimmung zurückbringt, trifft morgen nachmittags 1 Uhr 20 Min. am Schlesischen Bahnhof ein und wird hier feierlich empfangen werden.

### Der Dank des Reichspräsidenten an die Ost- und Westpreußen

Berlin, 12. Juli. (Drahtbericht.) Der Reichspräsident hat an den Deutschen Schutzbund in Berlin, sowie die deutschen Abstimmungskommissare in Ost- und Westpreußen und Ostpreußen die nachstehenden Telegramme gerichtet:

1. An den Schutzbund, Berlin, Schloß Bellevue. Ihr vorzügliches, organisiertes Wirken hat es ermöglicht, viele Tausende Ab-

stimmungsberechtigter nach Ost- und Westpreußen zur Ausübung des Wahlrechtes zu befördern. Ich wiederhole Ihnen meinen bereits mündlich ausgesprochenen Dank für alle Mühen, denen Sie sich im Interesse des Deutschen Reiches unterzogen haben und die dazu beitragen, der deutschen Sache im Osten zu einem glänzenden Siege zu verhelfen. Ich weiß, daß das deutsche Volk auch bei der noch bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien auf die tätige Mithilfe des Deutschen Schutzbundes rechnen kann, damit auch dort allen Deutschen ermöglicht werde, ihre alte Heimat dem Deutschen Reich zu erhalten.

2. An den Herrn deutschen Bevollmächtigten Grafen Waulffen, Marienwerder (Westpreußen). Das einstimmige Zusammenarbeiten aller Deutschen ohne Rücksicht auf die Parteirichtung ermöglichte den gewaltigen Erfolg in dem alten Ostpreußen. Marienwerder, das Wahrzeichen der deutschen Kultur im Osten, und die zur Abstimmung aufgerufenen westpreussischen Kreise müssen nach dem einstimmig und einmündig bekundeten Willen der Bevölkerung deutsch bleiben. Ihrer umsichtigen, tatkräftigen Führung der deutschen Interessen, ebenso wie der zielbewußten Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften und der Heimatsvereine gebührt hervorragender Anteil an dem großen vaterländischen Erfolge. Ich bitte Sie alle, ebenso wie sämtliche Bewohner des Abstimmungsgebietes Westpreußens, des aufrichtigen, tiefgefühlten Dankes des deutschen Volkes für das treue Bekenntnis zum Deutschen Reich zu versichern zu sein.

3. An den Reichs- und Staatskommissar Freiherrn v. Capl, Allenstein (Ostpreußen). Das ganze deutsche Volk blüht voll Stolz auf das Ostpreußen- und Grenzland-Land, in dem ein so gewaltiges Bekenntnis zum Festhalten am Deutschen Reich am 11. Juli abgelegt worden ist. Ich bitte Sie, allen Bewohnern des Abstimmungsgebietes in Ostpreußen den Dank des Deutschen Reiches und meinen Dank zu übermitteln. Zu dem schönen Erfolge hat nicht nur mindestens Ihre umsichtige Vertretung der deutschen Interessen, sondern die ansehnliche fremde Heimatsvereine des Ostpreußen- und Grenzland-Landes beigetragen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen allen zu der Arbeit zum Wohle des ganzen Deutschen Reiches den Dank auszusprechen.

Reichskanzler Fehrenbach hat aus Spa nachstehendes Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen geschickt: Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist ein heller Lichtblick in schwerer, trauer Zeit. Die deutsche Entente konnte sich in diesen Tagen nicht schöner und überzeugender erweisen. Ich bitte Sie, der Bevölkerung der preussischen Ostmark, die so erhebend für das alte Vaterland Zeugnis ablegte, den allerberzlichsten Dank der Reichsregierung auszusprechen.

Ebenso hat das preussische Staatsministerium Dankesknudgebungen an den Oberpräsidenten in Königsberg und an die Abstimmungskommissare in Allenstein und Marienwerder gerichtet.

## Zum sächsischen Wahlgesetzentwurf

Vom Reichstagsabgeordneten Alfred Brodau.

Der Entwurf eines Wahlgesetzes für den Freistaat Sachsen, der gegenwärtig von einem Ausschuß der Volkshammer beraten wird, lehnt sich eng an das Reichstagswahlgesetz an, nach dem sich die Wahlen vom 6. Juni vollzogen haben. Insbesondere ist in beiden Gesetzen das bei den Wahlen im Jahre 1919 angewendete d'Hondtsche System für die Errechnung der auf die einzelnen Wahlvorschlagslisten entfallenden Mandate (Ermittlung von Höchstzahlen durch Dividierung der Zahl der auf die Listen abgegebenen Stimmen in 1, 2, 3 usw.) aufgegeben und durch das sogenannte automatische System ersetzt worden, bei dem auf eine bestimmte Anzahl von Stimmen immer ein Mandat entfällt. Der Unterschied zwischen dem Reichstagswahlgesetz und dem sächsischen Entwurf besteht nur darin, daß bei dem ersteren die Zahl der Stimmen, die ein Mandat bringen, im Gesetz (mit 80 000) festgelegt ist, so daß sich die Zahl der gewählten Abgeordneten erst nach der Wahl aus der Wahlbeteiligung ergibt, während beim sächsischen Entwurf die Zahl der Abgeordnetenliste normiert ist, so daß die Zahl der Stimmen, auf welche ein Mandat entfällt, erst nach der Wahl ermittelt werden muß: je stärker die Wahlbeteiligung, desto größer die für ein Mandat erforderliche Stimmenzahl. Der sächsische Entwurf behält weiter auch die Wahlkreis-einteilung des Reichs für die Landtagswahlen bei, nur mit der Abänderung, daß die drei Wahlkreise sich mit den kreishauptmannschaftlichen Bezirken decken sollen. Den Wahlkreis 1 sollen die kreishauptmannschaftlichen Bautzen und Dresden, den Wahlkreis 2 die kreishauptmannschaft Leipzig, den Wahlkreis 3 die kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau bilden, während bei der Wahlkreiseinteilung des Reichs diese Grenzen nicht genau eingehalten sind, indem u. a. der zur kreishauptmannschaft Dresden gehörige Gerichtsbezirk Rößler mit Leipzig und die zur kreishauptmannschaft Leipzig gehörigen Gerichtsbezirke Mittweida und Burgstädt mit Chemnitz-Zwickau wählen.

Die sächsische Regierung beschließt, nach der Begründung des Entwurfs, beim Reich dafür einzutreten, daß diese Abänderung der Begrenzung der drei sächsischen Wahlkreise auch für die Reichstagswahlen durchgeführt werde. Sie geht also ebenso wie diejenigen Fraktionen der Volkshammer, die durch ihre Sprecher in der allgemeinen Vorberatung des sächsischen Entwurfs dessen grundsätzliche enge Anlehnung an das Reichstagswahlgesetz im allgemeinen und insbesondere hinsichtlich der Wahlkreiseinteilung begrüßt haben, von der Annahme aus, daß das Reichstagswahlgesetz bereits als eine endgültige Regelung gedacht sei. In Wirklichkeit ist aber das Gesetz, nach dem die Wahlen am 6. Juni stattfanden, nur ein Notbehelf. Die Reichsregierung hatte einen Gesetzesentwurf von wesentlich anderer Gestalt, der insbesondere kleinere Wahlkreise vorsah, bei der Nationalversammlung eingebracht. Wegen der Vorverlegung der ursprünglichen erst für den Herbst in Aussicht genommenen Wahlen bestand keine Möglichkeit, den Entwurf eingehend durchzuberaten. In Rücksicht darauf, daß eine Abänderung der Wahlkreise den Parteien bei der Kürze der Zeit bis zu den Wahlen Schwierigkeiten bei der Umstellung ihrer Parteiorganisation bereitet hätte, beschloß man die Wahlkreiseinteilung, nach der die Nationalversammlung gewählt war, bis auf wenige notwendige Abänderungen, bei und beschränkte sich im übrigen darauf, das d'Hondtsche System durch das automatische zu ersetzen. Aber man war sich klar darüber, daß man damit nur eine provisorische Regelung schaffen wollte. Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wurde bei der Beratung des Entwurfs sogar angeregt, den provisorischen Charakter des Gesetzes schon durch die Ueberschrift: „Gesetz für die Wahlen zum ersten Reichstag der deutschen Republik“ zum Ausdruck zu bringen. Die Anregung wurde nur deshalb nicht weiter verfolgt, weil darauf hingewiesen wurde, daß bei einer solchen zeitlichen Beschränkung der Haltung des Gesetzes sich Schwierigkeiten im Fall einer Auflösung des Reichstages — dieser Fall ist ja durch den Ausfall der Wahlen sehr ins Bereich der Möglichkeit gerückt — ergeben würden. Wenn man, vor allem auch in der demokratischen Fraktion, die Regelung nur als eine provisorische betrachtete, so waren es die großen Wahlkreise, an denen man sich vor allem ließ. Sie wurden von den meisten Mitgliedern des Verfassungsausschusses für unerwünscht und unwirksam gehalten. Nur eben die Rücksicht auf die erwähnten angeblichen Schwierigkeiten, die sich aus einer umfassenden Wahlkreiseänderung ergeben hätten, führten, wie gesagt, dazu, die alte Einteilung für dieses eine Mal noch beizubehalten.

Hat aber das Reichstagswahlgesetz nur provisorischen Charakter, so kann die enge Anlehnung des sächsischen Entwurfs daran nicht als Vorzug angesehen werden. Man muß es vielmehr bedauern, daß nicht ein Versuch unternommen worden ist, für Sachsen ebenso eine eigene Lösung des Wahlrechtes und der Wahlkreiseinteilung zu schaffen, wie es für Bayern, Württemberg und Baden geschehen ist. Insbesondere werden, wenn schon der Sprecher der Demokraten in der allgemeinen Vorberatung sich für den Regierungsentwurf erklärt hat, welche Schichten der demokratischen Partei in Sachsen mit dem Verfasser dieses Artikels die vorgeschlagene Lösung nicht für eine glückliche ansehen. Insbesondere nicht die Teilhaber der großen Wahlkreise, die man in Bayern, Württemberg und Baden für die Landtagswahlen nicht kennt.

Der Hauptmangel der großen Wahlkreise besteht darin, daß bei ihnen die persönlichen Beziehungen, die bei dem alten Wahlsystem den Abgeordneten so vielfach mit dem Wahlkreis verknüpfen, ganz wegfallen. Wie bei den großen Wahlkreisen die Kandidaten sich in der Wahlbewegung nur in einem kleinen Teil

der Orte des Kreises vorstellen können, wie die kleineren Orte, vor allem das platt Land, die Kandidaten nur noch ganz ungewohnsweise zu sehen bekommen, so sind die Abgeordneten auch nicht in der Lage, während der Mandatsdauer Fühlung mit ihren Wählern nehmen zu können. Bestimmt wird bei einem System mit großen Wahlkreisen deshalb nur noch für die Parteien, nicht aber für die Persönlichkeiten, die sie aufgestellt haben. Darin, daß die Persönlichkeit des Kandidaten in den Hintergrund tritt, kann aber ganz gewiß nicht ein Fortschritt erachtet werden. Bei einem solchen System ist schon die Aufstellung der Kandidatenlisten mit großen Unzuträglichkeiten verbunden. Die einzelnen Berufsorganisationen drängen sich unter Berufung auf ihre Mitgliederzahl heran, verlangen vielfach Stellen auf den Listen für Bewerber, die sich niemals einen Wahlsitz erobern könnten, wenn sie als Einzelkandidaten in einen Wahlkampf gestellt würden. Die Rücksicht auf die Zugehörigkeit der Kandidaten zu einem bestimmten Beruf spielt jedenfalls bei einem solchen System eine viel zu große Rolle gegenüber der Rücksicht auf die persönlichen Qualitäten der Kandidaten für die Ausübung eines Mandats. Das sind nun freilich Nachteile, die mit dem Listenwahlsystem überhaupt verbunden sind. Nachteile, die nur dann verschmälert werden, wenn man zu dem alten System der Wahl von Einzelabgeordneten in kleinen Wahlkreisen zurückkehrt. Diese Rückkehr ist aber durchaus möglich, ohne daß man deshalb das Prinzip der Verhältniswahl, die durch die Reichsverfassung auch für die Einzelmandate geordnet wird, aufgeben braucht. Es sind verschiedene Lösungen des Problems möglich, das alte System mit dem Grundgesetz der Verhältniswahl zu verbinden. So hat Bayern eine sehr annehmbare Lösung gefunden. Dort stellen die Parteien in kleinen Wahlkreisen überall nicht Listen von Kandidaten, sondern nur einen Kandidaten auf. Es wird dann nach der Wahl in den Regierungskreisen ermittelt, wieviel die einzelnen Parteien in den zum Bezirk gehörigen Wahlkreisen insgesamt Stimmen erhalten haben, und nach dem Verhältnis der Zahl der für eine Partei abgegebenen Stimmen zur Gesamtstimmzahl des Regierungsbezirks bestimmt sich die Zahl der Mandate, die der Partei in dem Bezirk zufallen. Gewählt sind dann diejenigen Kandidaten der Partei, die die höchsten Stimmzahlen erlangt haben. Reste, die sich ergeben, werden in ähnlicher Weise, wie es bei den Reichstagswahlen geschah, den Landeslisten der Parteien zugeschrieben. Entsprechend dieser Regelung würde man in Sachsen die 5 Kreiswahlmannschaften in durchschnittlich etwa 20 Wahlkreise zerlegen können. Würde auf eine Partei in der Kreiswahlmannschaft Leipzig — angenommen, daß diese in 24 Wahlkreise zerfiel — der dritte Teil der abgegebenen Stimmen entfallen, so hätte sie von den 24 Mandaten 8 zu beanspruchen, und es würden, wenn die Partei in allen 24 Kreisen Kandidaten aufgestellt hätte, von diesen 24 Kandidaten diejenigen 8 gewählt sein, die die höchsten Stimmzahlen aufzuweisen haben. Wohl würde es bei einem solchen System vorkommen, daß einzelne Wahlkreise, in denen sich die abgegebenen Stimmen auf wenige Kandidaten konzentriert haben, mehrere — verschiedenen Parteien angehörende — Abgeordnete erhielten, während andere Kreise ohne Vertreter blieben, aber dieser Nachteil müßte gegenüber den größeren Vorteilen eines dieser Systeme, bei dem vor allem die Persönlichkeiten der Kandidaten anders als beim Listenwahlsystem zur Geltung kommen würden, in Kauf genommen werden.

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

### Die Schlussformel des Entwaffnungsprotokolls und ihre Bedeutung

Berlin, 12. Juli. (Drachbericht.) Die Deutsche Abg. Ztg. schreibt habamäßig: Die Schlussformel des Entwaffnungsprotokolls lautet wörtlich: „Les représentants allemands déclarent que le gouvernement allemand a pris connaissance de la décision qui précède et s'engage, en ce qui le concerne, à en observer loyalement les dispositions.“ Hierzu ist zu bemerken: Die Behauptung, daß Deutschland durch die Unterzeichnung der militärischen Abmachungen vom 9. Juli der Entente einen Freibrief für die weitere Besetzung deutscher Gebiete im Falle der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Entwaffnungsverpflichtungen gegeben hat, ist durchaus unrichtig. Aus der Fassung des Protokolls geht hier hervor, daß Deutschland lediglich die ihm durch die Entente auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen verpflichtet ist. Dagegen kann aus der Unterfertigung nicht das Einverständnis mit eventuellen weiteren Besetzungen entnommen werden. Die am Schluß des Protokolls abgegebene Erklärung von deutscher Seite besagt lediglich, daß die deutsche Regierung von den Erklärungen der Entente Kenntnis nimmt, und daß sie die Bestimmungen, soweit sie Deutschland betreffen, erfüllt.

werde. Bereits vor der Unterzeichnung erklärte der Reichsminister des Auswärtigen in der Konferenz ausdrücklich, daß die deutsche Delegation eine bedingte Zustimmung zur Besetzung weiterer deutscher Gebiete nicht erklären könne. Hierauf erwiderte der englische Premierminister, daß eine solche Zustimmung bedingte Zustimmung sei. Bei dieser Gelegenheit behauptete allerdings der englische Premierminister, daß Deutschland bereits im Januar 1920 durch Unterzeichnung des bekannten Protokolls in Versailles seine Zustimmung zu einer eventuellen Besetzung deutscher Gebiete gegeben habe. Diese Behauptung ist unrichtig. In Wahrheit vertritt sich die Sache wie folgt: Am 3. November 1918 übernahm die Entente in Paris ein Protokoll über die angeblichen Waffenstillstandsbedingungen. Sie verlangte darin gewisse Beschlüsse und erklärte, sich alle Rechte, auch militärische Zwangsmassnahmen, vorbehalten, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkäme. In ihrer Antwortnote sagte die deutsche Regierung, daß diese Schlusssatzung für Deutschland unannehmbar sei. Die Alliierten erklärten in ihrer Erwiderung, daß die Schlusssatzung selbstverständlich nur solange Bedeutung habe, bis der Friedensvertrag in Kraft getreten sei. Seitdem der Friedensvertrag in Kraft getreten ist, können sich die Alliierten auf diese Schlusssatzung nicht mehr berufen, sondern nur noch auf den Friedensvertrag. Der Friedensvertrag selbst überträgt die Möglichkeit einer Besetzung weiterer Gebiete als Genehmigung für Vertragsverletzungen nicht vor. Sollte also der Entente gemäß ihrer Anklage vom 1. November 1918 die Besetzung deutscher Gebiete schreien wollen, so würde sie damit gegen den Friedensvertrag und gegen das Völkerrecht handeln.

### Versprechung über die Entwaffnung der Sicherheitspolizei in Preußen

Berlin, 12. Juli. (Drachbericht.) Am Mittwoch werden in Berlin sämtliche Oberpräsidenten und die Leiter der Sicherheitspolizei zur Besprechung der Entwaffnungsfrage bezüglich der Sicherheitswehr mit dem preussischen Staatsminister Seering zusammentreffen.

München, 12. Juli. (Eig. Drachbericht.) Wie verlautet, behauptet die Leitung der Einwohnerwehr Münchens eine Erklärung abgegeben, daß sie sich der Entwaffnung unter keinen Umständen fügen wird. Der Führer der bayerischen Einwohnerwehr, Dr. Esterl, erklärte auf einem Festabend, daß er in Berlin erklärt habe: „Nie und nimmer geben wir die Waffen her.“ Dies habe er auch einem englischen General gesagt.

### Stimmungsbild aus Spa

Der Eindruck der Reden von Stinnes und Hue.

Von unserem nach Spa entsandten Sonderberichterstatter.

Spa, 11. Juli.

Mit einem leisen Seufzer lehnte sich Lloyd George zurück, als Stinnes seine große Rede anging. Sie wirkte nicht angenehm auf die Alliierten. Eine Konferenz ist ja auch nicht der Ort, sich Liebeswörter zu sagen. Sie wirkt vielleicht sogar peinlich, aber sie ist mit schonungslos klarer Darstellung der Lage verbunden. In dem Ernst der Lage war ich nicht mehr zu zweifeln; man schloß, die Dinge werden erreicht. Millerand trommelte wieder und aufgebracht mit dem Finger. Dann sprach Hue, die Worte verständig, langsam und ruhig. Als der Satz fiel, daß die Diplomaten am grünen Tisch ja viel beschließen könnten, aber die Arbeiter, nur die Arbeiter, die Kohle als Tageslohn fordern, nickte Lloyd George vor sich hin. Danach kam der Aufschwung. Schon in der Mittagspause sagte mir Lord Riddler: „Diese Rede von Ihrem Hue war gut!.“ Das Zusammenwirken der drei Faktoren, Stinnes, Hue und Simon, hatte endlich die Stille dieser Konferenz gelöst. Millerands Rede, übrigens hält im Vortrag, fand Ausdrücke, die diese Konferenz bisher nicht gehört hatte. Trotzdem, man soll sich nicht täuschen, der Wille ist vielleicht besser geworden, aber die Forderungen haben sich noch scharf gegenüber. Der Kampf wird von der politischen Bühne in die Sachkommissionen verlegt. Das ist ein Fortschritt, wenn auch über das, was jede Partei als Lebensnotwendigkeit erachtet, Übereinstimmung zu finden nicht leicht sein wird. Bestenfalls werden die Arbeiten der Kohlenkommission gut vorwärts. Heute nachmittag, hieß ich, daß die Meinung gegen Rainona stünde. Gegen 5 Uhr fährt Minister Simon zur Vollendung nach La Franquette. Aber die Minuten verstrichen langsam. Gerüchte flogen von der Stadt hinaus nach Anette et Rubin, das seitdem stumm im schwülen Nachmittagslicht liegt.

- Marschall Foch und General Weygand sind aus Spa in Köln angekommen.
- Der Vizepräsident der Ratifikationskommission mit Osterfeld soll auf Befehl des Vizepräsidenten am 16. Juli stattfinden. — Ferner hat der Vizepräsident den Antrag, die Volkstimmungen im Bezirk Telford nicht vorzunehmen zu lassen, abgelehnt. Das schiedsgerichtliche Verfahren ist durch den Widerstand der einen Partei unmöglich geworden, so daß nach dem Wortlaut des Vertrages das Volk entscheiden wird.

### Die Abänderung der Klausel über die Kohlenkontrolle

Der offizielle Konferenzbericht der Entente über die Sonntagssitzung

Spa, 12. Juli. (Drachbericht.) Im Konferenzbericht der Entente über die gestrige Sitzung heißt es: Nach Wiederannahme der Sitzung erklärte Dr. Simon, die deutsche Delegation werde, da die endgültige Entscheidung über die Kohlenfrage erst morgen nach Prüfung des Berichts der Sachverständigen gefaßt werden solle, die vorbereiteten Pläne überreichen. Er fügte aber hinzu, die deutsche Delegation sei der Ansicht, die Konferenz von Spa habe zum Ziel, eine Abmachung zu treffen, die in einem kontraktmäßigen Verfahren und durch gemeinsames Einverständnis der deutschen und alliierten Delegierten festgesetzt werde. Die Kohlenfrage sei eine Frage auf Leben und Tod für Deutschland; sie bleibe die Grundlage aller anderen Pläne. Millerand antwortete: Es habe sich nicht darum handeln, den Art. 232 des Friedensvertrages abzuändern; das habe auch die Erklärung von San Remo unter Berücksichtigung der wohlberechtigten Wünsche Deutschlands den Deutschen auseinandergeklärt. — Die deutschen Pläne wurden darauf durch Dr. Simon im Generalsekretariat der Konferenz ausgehandelt. — Die Sachverständigen (der Entente, die Schriftl.) sind über die Ansicht, daß die Reparationskommission allein berechtigt und zuständig ist, das Lieferungsprogramm festzusetzen, und sie beschloffen, die von den deutschen Sachverständigen vorgelegten Aufträge zur aufmerksamen Prüfung zu übermitteln. Die alliierten Sachverständigen schlugen vor, das Protokoll vom 9. Juli in dem Art. 1 und 2 aufrechtzuerhalten. Die deutschen Sachverständigen haben indes die alliierten Sachverständigen auf die ungenaue Ausdrucksweise des § 3 aufmerksam gemacht, der so abgeändert werden könnte, als ob von der deutschen Regierung gefordert werde, daß die Reparationskommission sogar darüber Auskunft geben werden solle, was einzig und allein mit der einseitigen Verteilung im Innern Deutschlands zu tun hat. Diese Einwendungen haben die alliierten Sachverständigen als begründet angesehen und schlugen daher vor, die §§ 3 und 4 wie folgt abzuändern:

- § 3. Eine Abänderung des genannten Programms, die einen Rückgang der Kohlenlieferungen an die Alliierten mit sich bringen könnte, kann nur in Kraft treten mit vorheriger Erlaubnis der Reparationskommission in Berlin.
  - § 4. Die Reparationskommission, der die deutsche Regierung in bestimmten Zwischenräumen über den Kohlenbestand ablegen müssen, wird die Ausführung der für die Lieferungen gegebenen Beschlüsse durch die zuständigen Behörden, wird den interessierten Mächten jeden Verstoß gegen die oben angenommene Verpflichtung mitteilen und alle Ergänzungsmaßnahmen vorschlagen, die sie für notwendig halten sollte, um die Lieferungen sicherzustellen.
- Schließlich drücken die alliierten Sachverständigen, da die Notwendigkeit vorliegt, Maßnahmen zu treffen, um die Produktionsbedingungen zu verbessern, um die Produktion zu erhöhen, den Wunsch aus, daß eine Besprechung über die geeigneten Mittel dazu zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Nationen herbeigeführt werden möge.

Berlin, 12. Juli. (Drachbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Völkens“ in Spa meldet u. a.: Die Vergarbeitsratiker stimmen in der Ansicht überein, daß der Ententepolitik entgegen zu sein und die Arbeiterschaft zu unterstützen, nicht nachzugeben. Stinnes selbst hat sich über die Durchführbarkeit dieses für die deutsche Industrie ruinösen Abkommens durchzufragen. Er habe die Macht dazu im Verein mit den Vergarbeitsratikern die Gegenstände ziemlich erregt. Millerand will seine persönliche Schlappe vom Sonnabend wieder aufwickeln und sein Verfügen wieder zurückgewinnen. Er erklärte heute Haas-Vertreter, daß er entgegen der Forderung der Konferenz und Simon's im Vorausgegangenen die Folge: Sprengung der Konferenz und Einmarsch ins Ruhrgebiet. Wir müssen mit diesen Lasten leben. Der Einmarsch wäre jedoch gerade vom Standpunkt des französischen Interesses wohlmöglich. Denn die Kohlenproduktion würde dem Einmarsch der Truppen sinken oder ganz ausbleiben. Ein Generalstreik der Bergarbeiter im Einverständnis mit den Unternehmern wäre nicht unmöglich. Da Folgen unabsehbar. Aber noch wahrscheinlicher wären schließlich die Folgen einer Preisgabe der deutschen Industrie.

Frankfurt a. M., 12. Juli. (Eig. Drachbericht.) Aus Spa meldet man der „Frankf. Ztg.“: Der Tempus entrückt sich über die Unterzeichnung von Stinnes, daß die Regierung der Entente an der Siegerkranzheit litt, und gibt seiner Entmutigung darüber Ausdruck, daß das Austreten des Kriegsgewinners Stinnes die Alliierten von der einzigen Rangkheit heilen müßte, an der sie bisher litt: von der Uneinigkeit. Die Agence Haas verläßt die amtlich festgestellten Tatsachen zu verschleiern, daß Stinnes nicht im Namen der deutschen Abordnung gesprochen habe, sondern als Vertreter der Großindustrie. Er behauptet nämlich, die Rede, die Stinnes gehalten habe, sei vorher den Vertretern der Reichsregierung in Spa bekanntgegeben worden.

### Leipziger Kunstverein

Moderne Graphik.

Die zweite Hälfte der Ausstellung von Neuerwerbungen der geographischen Sammlung des Museums bringt jetzt die Moderne; sie wird durch einige schon früher erworbene Blätter vorzüglich ergänzt. In den Blättern Édouard Manués, des Vaters der modernen Graphik, steht man, wie Schwarz und Weiß als Farbe empfunden werden, als Geschichtswerte. Auf seinem Holzschnitt bringen die drei zusammenstehenden Massen von Schwarz und Weiß gegeneinander an, die Spannung des schneidenden Kontrastes in dem dröhnend flirrenden Taumelstrom gegen hellen weißen Himmel ist ein Bild einer tief verfallenen Erregung, in der die Seele des Künstlers hinter die Wirklichkeit verborgene Geheimnisse abtastet. Manués will mitten, großem Gleich auf den Sinn geheimnisvoller Bilderwelt stellt die zwei kleinen Geschöpfe wie verlassene Art nebeneinander in einem unheimlich leeren Raum; dieses Verlöschen des Einzelmens gleich einer stummen Frage. Die Holzplatte Schmitt-Rottluff hat man mit Schwarz und Weiß Körper, in lässigen Winkeln stehen die großen Flächen von Schwarz und Weiß aneinander, hart haken sie sich an den Ecken ab, sie verzehren und verflammen sich zur finsternen Bedrücktheit und Festigkeit kompakter Massen und Hörsprecher. Die Bildflächen sind so stark von der Wucht des Kontrastes erfüllt, daß sie von Formgestalt überdauern. Stets hat Schmitt-Rottluff aus neuen formalen Möglichkeiten letzte Konsequenzen gezogen. Die Lithographie aus dem Jahre 1907, erinnert im köhlernen Wirbel der jagenden Kreisstriche und -flächen, im Rachen der Zeichnung an Wohlklang von Rodeo. Übertrieb ist aber auch ein unheimlichem Ungestüm des Wortes. Die umgebende, beherrschende Zeichenwelt Schmitt-Rottluff's ignoriert den Bewegungsgestalt einer mit hochgezogenen Armen und über den Kopf geschlungenen Armen hervorübenden Frau in enger Fächerförmigkeit auf helmbildiger Höhe ein und einem stehenden Mann überhöhten konzentrischen Formeneinheit ist strenger Geschlossenheit in schwarzer Ruhe. Jeder körperlähnliche Strich, jede formgestaltende Fläche ist mit innewohnender Kraft erfüllt. Neben seinen großartig herben Formstrichen erscheinen doch feinsten holzschnittähnliche epische Köpfe wie glatte, behaglich glühende Spielereien, ihre Verbindung konventioneller Umrisstriche mit hermetischer Körperlichkeit manchmal nicht ganz rein, ihr Ausdruck leicht und äußerlich neben der mathematischen Strenge und einfachen Geschlossenheit der Köpfe Schmitt-Rottluff's. Dagegen ist das frühe Genereel des Schmitt-Rottluff sehr frisch und lebendig, angenehm in den dazu aufgetragenen hellen und rosa Tönen, der letzten prächtigen Zeichnung und der formreichen Verlesung edler, atmosphärischer Gefühle um eine mittlere, die sich endlich im Tempo streckt. Desgleichen glühende Beobachtung der des Dekoration, für eine ornamentale Bewegung über die Fläche hin und her den schwebenden Netz besser Fortschritt in dem wie die Verzahnung zu einem Mosaik wirkenden Kreislauf der Verlebung Womb und Womb vertritt sich zur Welt. Der Holzschnitt E. R. Schmitt-Rottluff stellt die Fläche in ein beständiges

Spiel von Streifen und Mustern auf und ist in der phantastischen Zeichnung bis in den edig-gradigen Umriss hinein sehr reizvoll. Heiße Rudererinnen bilden mit ihren strengen, ägyptischen kantigen Geraden und ihren Überflüssigkeiten ein durchsichtiges Gerüst in geschlossener Klarheit erstehen aus Linien die Körper im Raum. Das schöne Bild: mit Fluss und Wägen, die sich bei totalitärer Luft in reiner Wasserflut spiegeln, das etwas überflüssige, kristalline, das Unberühbare eines reinen Phantoms. Von Manués' Holzstrichen ist der Kampf von Kellern mit Löwen drastisch in der leidenschaftlich forschenden Bewegung, der kühnen Verdrängung von Schwarz und Weiß. Eine ganz individuelle Art von Zeichnung vertreten Kokoschka's Vorfall fiederförmig; im raschen Ansehen und Abreden, in der zuckenden und flüchtigen Bewegung des Strichs bannen sie das Strömende des Seelenlebens, den ganze Komplex der Triebe und Gefühle, die Unendlichkeit des Unbewussten in die Zeichnung hinholt. Waldners Herrentypus ist bis ins einzelne hinein schwebend, von innen nach außen bemerkt modelliert, mit einer bizarren Formenlast an gleichsam Geiradien, sich-Buchstaben, grotesk-Absonderlichen und Kraus-Verzügen im Körperlichen wie im Seeligen. Als in den schillernden Umarmung hinein sind Waldners fabelhaft sichere Zeichnungen wunderliche eines eher bestigen und jäh auffahrenden als telegraphischen Gemüts. In seinen Strichbildern erkennen sich alle Linien, meist läche Verkürzungen, in ein rasendes Tempo und rasen alle Gegenstände mit in ihren Kampf.

Die Ausstellung umfasst außerdem gute Proben des Berliner Impressionismus, darunter zwei glänzende Einzelzeichnungen von Wilhelm Müller und Liebermann's Bildnis Richard Strauß'. Ferner seien die Karikaturzeichnung Weghebers und die jarten, hllen Waldbilder von Karl Polmann (Holzschnitt), sowie eine gut komponierte Zeichnung von Naber erwähnt. Natürlich ist der Leipziger Kunstverein ein breiter Raum gemüht. Mit seinem charakteristischen Stil fällt Soell auf, sein sanftlich spontanes Temperament lebt im feurigen Farbenfeld seiner Palette, wie in den zündenden Auswüchsen seiner Linien. Eine Febrerzeichnung Schmitt-Rottluff's die kräftig aufgearbeitete Holzplatte Verill's, die durchsichtig-klares Radierungen kam es verdienstvolle besondere Beachtung. Von Kitzsch' amüsanen und empfindenden Landschaftszeichnungen, von Kitzsch' amüsanen Holzstrichen, noch zahlreiche andere Leipziger Künstler sind vertreten. Man erkennt, daß die Leitung der graphischen Sammlung mit Umsicht und Anmaß hat. Als Stich des Wandgemäls und der Graphik ist ja Leipzig auch geradezu verpflichtet, die besten Exponenten der deutschen Graphik, und besonders natürlich der einheimischen Zeichner, rechtzeitig in seinem Museum zu zeigen. Eine Pflicht ist das besonders unter den gegenwärtigen Umständen, wo der Künstler in seiner schwierigeren, durch den Rückgang des privaten Sammelns schwerer wahrnehmbarer Lage auf Unterstützung durch den Staat, wenigstens durch

Ankänge im bisherigen Umfang, rechnen muß. Deshalb vermag man kaum an die Möglichkeit zu glauben, und doch wird schon erstofft davon gesprochen, daß es ist unmöglich, daß sich die Stadt über eine so wichtige Kulturausgabe hinwegsetzt. Mit dieser feinen Sparfamkeit am unehren Ort würde sie nicht nur die gesamte Künstlerwelt in gerechtes Empörung versetzen, sondern auch die zahllosen Liebhaber aus allen Volksschichten (Museum und graphische Sammlung) haben (sehr offen), die in diesen unerschöpflichen Zeiten der Kunst Freude und Erhebung finden, auf's Schmerzlichste vor den Kopf stoßen!

Am Oberhof und in den Einzugsräumen der Leipziger Künstlerverein seine Jahresausstellung. Leider bleibt sie geringe Auslese an künstlerisch Wertvollem. Unstet brauchbaresten ist das Beste hervorgehoben. Angenehm überraschen die schlichten Freilichtlandschaften von Müller-Berhard, von Hennig, die ständigen Stillleben von Alfred Krüger, besonders das Stillleben mit dem Akt und der gut geformte Tischgeschloß in Wachs von Hans Jepsig. Bruno Garmann bewährt seine Vorzüge als Kleinstmaler in Kleinformaten und besonders in Plaketten; im klaren Relief und der fröhlichen Zeichnung der Form sind es gelungene Leistungen.

Öffnung der städtischen Kammerspiele in Halle. Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Nach großen Mühen und vielen Schwierigkeiten wurde die zweite städtische Bühne in Halle, die städtischen Kammerspiele in Bad Wittkind eröffnet. Das kleine Theater, das nur 200 Zuschauer faßt, ist von dem Direktor der Kunstvereine, Professor Thiersch, mit schlichten Ornamenten, kunstvollen Beleuchtungsapparaten und einem stilvollen Bühnenraum zu einem modernen, intimen Bühnen eingerichtet worden. Auch die Bühne ist ein kleiner Raum. Es soll ohne die üblichen Dekorationen gespielt werden. Klügliche Bühnenbilder sollen die Dichtungen wirksam machen. Sie werden von dem Intendanten Leopold Gaché gemeinsam mit Professor Thiersch entworfen. — Die Eröffnungsvorstellung war eine Gothe-Feier. „Fella“ wurde in der ersten Fassung gespielt. Die Bühne war noch hinten und nach den Seiten durch einen halbkreisförmigen Vorhang abgeschlossen. Eigenemacht hat es nicht. Einige Akter, wirbelartig, deuteten die notwendigen Requisiten an, alles in einer Farbe gehalten. Die Vorstellung fand auf hoher künstlerischer Stufe und hinterließ tiefe Eindrücke. Die Kammerspiele wollen vor allem das moderne Schauspiel pflegen.

Zuletzt in der Örtlichkeit. In der Ortshalle von Schwantes, im der Zweite Jah der Raute... von S. Stadler und Max Berner am Dienstag, den 13. Juli, sind in den Dardarien der Dardarien... Einde Zähler, Jerry Ott, Rosa Kluck. Die Dardan: Jerry Ott, Bill Helm, Paul Grieb, Jerry Ott. Die Eröffnung fand in den Dardan von Paul Grieb, der auch die letzte Besetzung hat.

**Dienstag, 13. Juli 1920**

In der...  
**Journal**  
**Spa**  
**München**  
**Frankfurt a. M.**

Journal  
 Spa  
 München  
 Frankfurt a. M.



Die ungünstige Wendung

Von unserem nach Spa entsandten Sonderberichterstatter.

Spa, 12. Juli.

Innenhalb der deutschen Delegation wurde Sonnabend...

Die Forderung der alliierten Sachverständigen blieb demgegenüber...

Das bedeutet, daß hunderttausend Arbeiter auf die Straße gesetzt werden!

In der Verfassung sollte der deutsche Plan für die Kohlen...

Inzwischen hat Millerand einen Bericht über die bisherigen Verhandlungen...

Millerand über die Haltung der Alliierten

Spa, 12. Juli. (Druckbericht.) Bei einem Empfang der belgischen Journalisten...

Was bringt die Konferenz in Spa?

Von unserem Londoner Berichterstatter.

London, 5. Juli.

Für den Augenblick ist die irische Frage, welche hier die Gemüter seit Wochen beschäftigt...

Ueber manche Punkte herrscht hier schon eine gewisse Arbeit, freilich nur eine solche negativer Natur...

Mit solchen Hinweisen argumentieren namentlich diejenigen, welche die Entschädigungssumme sofort festgestellt...

Das Urteil über den voraussichtlichen Verlauf der Verhandlungen in Spa ist natürlich dadurch erschwert...

wisse Zurückhaltung auf. In manchen Kreisen meint man aber, daß die Konferenz eher eine Erneuerung als das Ende der Konflikte...

Der gegenwärtige Stand der Völkerbundbewegung

Wir verzeichnen hierüber folgende Einzelheiten:

In einer Encyclopädie: Pacem Dei mutas hat der Papst sich für die Völkerbundbewegung ausgesprochen...

Die Ernennung der Präsidentschaftskandidaten hat in den Vereinigten Staaten die Völkerbundfrage wieder in den Mittelpunkt...

Kopenhagen hat um Aufnahme in den Völkerbund nachgesucht, da es nicht zu den Staaten gehörte, die ursprünglich zum Beitritt...

Der Vorkongress gegen Ungarn durch den Internationalen Gewerkschaftsbund...

Es sind jetzt auch die Beiträge bekannt geworden, die von den einzelnen Völkerbundmitgliedern...

Die Presse der ganzen Welt hat das erste große Verlangen des Völkerbundes in der persönlichen Frage...

Das Internationale Arbeitsamt, das in Genava tagte, hat beschlossen, seinen Sitz nach Genf zu verlegen...

Obenfalls in Genava ist die Internationale Seemannskonferenz zusammengetreten...

Von Bedeutung ist die Frauenrechtskonferenz, die jetzt in Genf stattfindet...

Die Tagung des Internationalen Frauensolidaritätskongresses hat sich hauptsächlich mit den juristischen Aufgaben des Völkerbundes beschäftigt...

Der neue Regierungspräsident von Königsberg, der sozialdemokratische Rechtsanwalt Weich von der preussischen Regierung...

Polens Verzweiflungskampf

Konow, 12. Juli. (Druckbericht.) Der Rückzug der Polen wird fortgesetzt. In der Gegend von Polozk, Orsha und Borislow...

Wie aus Warschau gemeldet wird, ziehen sich die polnischen Truppen langsam unter Gegenangriffen...

Spa, 12. Juli. (Druckbericht.) Der polnische Ministerpräsident Grabski hat gestern in einer Unterredung mit Pressevertretern...

Konow als Marburger Militärgerichtsurteil

Rektor und Deputation der Marburger Universität senden der Presse eine Erklärung...

Der Prozeß gegen die Marburger Studenten hat mit deren Freisprechung beendet...

Die vier maßgebenden selbstständigen sozialistische Angriffe und Verschmähen...

Bundesversammlung der sächsischen Militärvereine

Am 12. Juli, unter Teilnahme sächsischer Verbände...

Die Bundestagung der sächsischen Militärvereine hat am 12. Juli in Dresden begonnen...

Letzte Handelsnachrichten

Kopenhagen, 12. Juli. Sichtwechsel auf London 23,60, New York 306, Hamburg 16,80...

Hauptchriftleiter Dr. Erich Covert. Verantwortlich für den politischen Teil: E. Georg Müller-Göhl...

Heute geführte Abendausgabe umfasst 4 Seiten, 12 Seiten die wöchentliche Ausgabe 8 Seiten.



Ämtliche Bekanntmachungen

Handführungsvorschriften
zur Bekanntmachung des Reichskommissars für die Rohstoffverteilung...

Verbot, unreife Kartoffeln auszunehmen
Mit Rücksicht auf die bevorstehende Frühkartoffelernte...

Die Berechnung über die Kartoffelverteilung vom 18. Juni 1920...

Handführungsvorschriften
über die Handführung der Kartoffelverteilung...

Nachstehende Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. April 1920...

Beitritt zum Reich
Die Reichsregierung hat die Verordnung vom 13. April 1919...

Verordnung des Reichspräsidenten
auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Weimarer Verfassung...

Verordnung des Reichspräsidenten
auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Weimarer Verfassung...

Verordnung des Reichspräsidenten
auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Weimarer Verfassung...

Ausgabe von Vollmacht an Versorgungsberühmte über 65 Jahre...

Fleischverteilungsstelle der Stadt Leipzig

Heute - Dienstag - den 13. Juli 1920
Ausgabe von
Wurfschlacht...

So doppelt Quantum zur Ausgabe gelangt, bitten wir...

Befchränkung der Vorlegefrist für Reichsbrandversicherer

Nach einer Verfügung des Reichskommissars für die Rohstoffverteilung...

Verteigerung

Mittwoch, den 14. Juli 1920, vorm. 9 Uhr
270 Stück Hermelfelle...

Familien-Nachrichten

Sedor Krebs
Else Krebs geb. Kraft
Vermählte.

Josef und Trude Lwerant
geb. Tinkels.

Franz Lucke
Marianne Lucke
Vermählte.

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen...

Waffenmeister a. D. Franz Georgi
Bertha Georgi geb. Schäfer

Dank
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme...

Max Klinger
Gertrud Klinger.

Familiennachrichten

aus auswärtigen Blättern
Bertha, Johanna, Elise, etc.

Massiv Rindleder

Books and folders: Buchermappen, Aktenmappen, F.A. Winterstein

Zigaretten-Versteigerung
Mittwoch, den 14. Juli, ab 10 Uhr vorm.

Stellenangebote

Berater
für Verkauf und Absatzförderung...

Süddeutsche Wolldecken- und Lodenfabrik
Sucht tüchtigen, branchenkundigen Vertreter

Berater
für Verkauf und Absatzförderung...

MOTAFRAM MEHTA & Co., LONDON E.C.2
IMPORT- UND EXPORT-HAUS

Berkaufe
5 Tonnen Lastkraftwagen

Zum Export!
Umstände halber steht zum Abverkauf...

Autohaus Paul Wosnitzer, Oppeln.

Einige 100 Holzfässer
Robert Degener Nachf., Leipzig.

Leitspindeldrehbänke

1 Spindel 300 mm Spindelhöhe, 2100 mm Drehlänge...

Möbel

1500 Meter Isolierrohr
Heeger & Schmidt

Tapeten

Greiners Tapetenhaus, Leipzig.

Landbezugscheine

Auto-Lindner, Leipzig.

Raufgefuge

Büro-Artikel gesucht
Adolf Bredehorst, Domburg 11.

Sackeltanzüge

Kaufe
Gold- u. Silberwaren, Schmuckgegenstände

Kaufe

Drucksachen
für Handel und Gewerbe

Drucksachen

Buchdruckerei Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Vom Zuckermarkt

berichtet unser Magdeburger am-Mitarbeiter: Unter Zugrundelegung der letzten amtlichen Statistiken... Die Abwicklung von Barenengagements. Der Börsenvorstand zu Berlin wird zur Abwicklung der schwebenden Lombardengagements drei Regulierungstage festsetzen.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Kommerzienrat Pfeiffer, Fabrikbesitzer Möhlau, Hugo von Gahlen, Landgerichtsrat Träter, sämtlich in Düsseldorf, Direktor Peitz-Köln und Rentner Berger-Berlin.

Die Abwicklung von Barenengagements. Der Börsenvorstand zu Berlin wird zur Abwicklung der schwebenden Lombardengagements drei Regulierungstage festsetzen.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Marktberichte

Bremen, 10. Juli. Baumwolle. Fully middling amerikan g. a. 26 mm Stapel 106 1/2 M. per Ball.

New York, 10. Juli. Baumwolle. Loko middling 45 1/2, Juli 45 3/4, August 45 1/2, September 45 1/4, Oktober 45 1/4, November 45 1/4, Dezember 45 1/4, Januar 45 1/4, Februar 45 1/4, März 45 1/4, April 45 1/4, Mai 45 1/4, Juni 45 1/4.

An der gestrigen Berliner Produktentausch wurde das Geschäft ruhig. Hafer beschränkte im allgemeinen seinen Prozeß. Von Weizenwaren waren gute Vorkäufe etwas bemerkbar, auch der Verkauf in Raubwaren entwickelte sich mit weniger Lebhaftigkeit als zum Vorjahr.

Anstaltliche Lieferungsverträge für den Monat Juli für 1000 kg in Marktloko - loco ab Bahn - mit Abk. ab Abk. 2400-2500 - Schappell.

Reinwolle vom 10. Juli. An den in der letzten Zeit abgegangenen Forderungen sind die Preise nicht unwesentlich zurückgegangen. Dem die wichtigsten Liefermärkte waren 435 Florid festgesetzt.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Die Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank-Akt-Ges. in Berlin. In der Generalversammlung wurde der dividendenlose Abschluß genehmigt. Es mußten 44.500 M. Verlust aus den Rücklagen gedeckt werden.

Neues Theater. Krystall-Palast. Gastspiel Jean Blatzheim. Die spanische Fliege. Glänzender Variété-Spielplan. Drei Linden. Der große Variété-Spielplan. Bernhard Wildenhain. Die Abenteurer eines Vielgasuchten. Die Luft-Piraten. Große Kinder- und Jugend-Vorstellung.

Harry-Piel-Zyklus. Harry Piel. Die Abenteurer eines Vielgasuchten. Die Luft-Piraten. Große Kinder- und Jugend-Vorstellung.

Reife-Inferat. Reise-Inserator. Kauf- und Verkäufer und Gewerbetreibende. Besonders zur Zeit der Reife.

Blumensäle. Der süße Alfred. Neue Brette Marie Seubert - Ludwig Heine. Mietgefuche. Lagerplatz.

Hiltes Theater. Neues Operetten-Theater. Die Csokosbaroneh. Blumensäle. Münchenener Firma der Runkelbrände.

Renner. Die Programme. Die einjährige Klasse. Im ersten und zweiten. Die dritte Klasse. Die vierte Klasse. Die fünfte Klasse. Die sechste Klasse. Die siebte Klasse. Die achte Klasse. Die neunte Klasse. Die zehnte Klasse.



Sächsische Bodencreditanstalt in Dresden. Prospekt

M. 15,000,000.—. 4% Hypothekendarlehen Serie 12

nicht rückzahlbar vor 1924 (für die Einführung an den Börsen zu Berlin, Frankfurt a. M., München und Augsburg)

M. 10,000,000.—. 4% verlosbare Kommunal-Obligationen Serie 1

nicht verlosbar vor 1925, alsdann tilgbar durch jährliche Auslosungen zum Nennwert, Tilgung durch Rückkauf angefordert (für die Einführung an den Börsen zu Dresden, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., München und Augsburg)

Die Aktiengesellschaft Sächsische Bodencreditanstalt ist 1866 mit dem Sitz in Dresden errichtet. Zweck der Gesellschaft ist die Vergebung des Bodencredits und des Kommunalcredits im Deutschen Reich...

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht zur Zeit aus den Herren Geheimrat Commerzienrat Generalleutnant Gustav von Kiemperer in Dresden, Vorsitzender; Commerzienrat Ferdinand Grunberg, Direktor der Sächsischen Bank zu Dresden, in Dresden, stellvertretender Vorsitzender; Geheimrat Justizrat Dr. Felix Söndel in Dresden; Bankier Paul Georgi i. V. Chr. Gottlieb, Präsident in Leipzig i. V.; Generalleutnant v. D. Alfred Gatzmann in Dresden; Commerzienrat Georg Haberland in Berlin; Rechtskonsulent Dr. Fritz Kaiser in Dresden; Kommerzienrat Charles W. Palmé, Direktor der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Abteilung Dresden, in Dresden; Major Reimer, Direktor der Dresdener Bank, in Dresden.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt seit dem 21. September 1911 12 Millionen Mark und ist vollständig eingezahlt. Durch Defret des Sächsischen Ministeriums des Innern vom 25. Oktober 1895 und 26. November 1899 ist der Gesellschaft die Genehmigung zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Hypothekendarlehen und Kommunal-Obligationen erteilt.

1. Auslosung der Hypothekendarlehen Serie 12, im Nennbetrage von 15 Millionen Mark, welche nach Bedarf und nach Rangfolge der unterliegenden Hypotheken in den Beträge gelangt. Die Darlehen Serie 12 laufen auf den Inhaber, sind unter dem 2. Januar 1914 ausgestellt, mit am 1. April und 1. Oktober fälligen Zinsscheinen versehen und in folgenden Abzinsungen angefertigt:

Lit. A zu je 5000 Mk. Nr. 1-500, B zu je 2000 Mk. Nr. 501-2000, C zu je 1000 Mk. Nr. 2001-5000, D zu je 500 Mk. Nr. 5001-12000, E zu je 200 Mk. Nr. 12001-14800, F zu je 100 Mk. Nr. 14801-19900.

Die Darlehen Serie 12 sind seitens der Inhaber untillbar. Die Gesellschaft ist sie nach normalem Ablauf der Tilgung im ganzen oder in Teilbeträgen ein. Die Tilgung der ganzen Serie muß innerhalb längstens sechs Jahren erfolgen. Bei dem Tode der Tilgung und Kündigung darf zur Rückzahlung vor dem Jahre 1924 nicht Gebrauch gemacht werden. Die Auslosungen oder Kündigungen erfolgen auf Grund von Auslosungsbeschlüssen.

2. Auslosung der Kommunal-Obligationen Serie 1, im Nennbetrage von 10 Millionen Mark, welche nach Bedarf und nach Rangfolge der unterliegenden Kommunalanleihen in den Beträge gelangt. Die Kommunal-Obligationen Serie 1 laufen auf den Inhaber, sind unter dem 1. April 1920 ausgestellt, mit am 2. Januar und 1. Juli fälligen Zinsscheinen versehen und in folgenden Abzinsungen angefertigt:

Lit. A zu je 5000 Mk. Nr. 1-500, B zu je 2000 Mk. Nr. 501-2000, C zu je 1000 Mk. Nr. 2001-5000, D zu je 500 Mk. Nr. 5001-7000, E zu je 200 Mk. Nr. 7001-7800, F zu je 100 Mk. Nr. 7801-8000.

Die Kommunal-Obligationen Serie 1 sind seitens der Inhaber untillbar. Die Tilgung erfolgt zum Nennwert nach vorgängiger Auslosung vom 1. Januar 1925 ab. Zu diesem Zweck hat die Bank von diesem Termine ab jährlich 10 Proz. des Ausgabebetrages von 10 Millionen Mark aus den eingezahlten Kommunal-Obligationen erzielten Zinsen mit Jahresanfangsfrist zur Auslosung zu bringen bereit, daß die Tilgung in längstens 20 Jahren, vom 1. Januar 1925 ab, beendet sein muß.

Die Auslosung kann durch die Bank vom 1. Januar 1925 ab beliebig verlagert werden. Die Auslosungen und Kommunal-Obligationen tragen die vollständigen Unterschriften zweier Mitglieder des Vorstandes und des Vorsitzenden des Aufsichtsrates, sowie die Bescheinigung des Staatsverwalters und Kreisverwalters über das Vorhandensein der vorchriftsmäßigen Deckung und deren Eintragung in das Hypotheken- beziehentlich Kommunalanleihe-Register und die Genehmigung eines Kontrollbeamten. Sie sind mit halbjährlich zahlbaren Zinsscheinen auf die Dauer von 10 Jahren und einem Erneuerungsrechte versehen.

Die Einlösung der Darlehen, sowie der gefälligten und gelosten Darlehen und Kommunal-Obligationen erfolgt in Dresden bei der Gesellschaftsfiliale, sowie weiter in Dresden bei der Dresdener Bank, der Sächsischen Bank zu Dresden, in Leipzig bei der Dresdener Bank in Leipzig, der Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden, der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt und dem Bankhaus G. & W. G. in Berlin bei der Dresdener Bank und dem Bankhaus G. & W. G. in Frankfurt a. M. bei der Dresdener Bank Filiale München und dem Bankhaus W. & J. Seibert in Augsburg bei der Dresdener Bank Filiale Augsburg; ferner in Bremen, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, Nürnberg, Stuttgart u. a. m. Bei den gleichen Stellen erfolgt auch teilweise die Ausgabe neuer Zinsscheine sowie eine etwaige Kommerzierung.

Der von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntheitsgrad erfolgt im „Deutschen Reichsanzeiger“ und der „Sächsischen Staatszeitung“ (Gesellschaftsblätter).

Die Nummern der gelosten oder gefälligten Darlehen und Kommunal-Obligationen werden dreimal in den Gesellschaftsblättern bekannt gemacht. Zwischen der ersten Bekanntmachung und dem Rückzahlungstermin muß ein Zeitraum von mindestens drei Monaten liegen. Die Nummern der fällig gewordenen, aber nicht eingelöst oder gefällig gewordenen Obligationen werden dreimal in den Gesellschaftsblättern bekannt gemacht. Zwischen der ersten Bekanntmachung und dem Rückzahlungstermin muß ein Zeitraum von mindestens drei Monaten liegen. Die Nummern der fällig gewordenen, aber nicht eingelöst oder gefällig gewordenen Obligationen werden dreimal in den Gesellschaftsblättern bekannt gemacht.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind M. 10,000,000 4% Kommunal-Obligationen Serie 1 der Sächsischen Bodencreditanstalt in Dresden zum Handel und zur Notiz an der Leipziger Börse zugelassen worden und werden von uns baldmöglichst am 20. Juli 1920 zur Einführung gelangen. Leipzig, im Juli 1920.

Dresdner Bank

und Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig.

Filiale der Sächsischen Bank

in Leipzig.

Table with 3 columns: Vermögen, Schulden, and Gewinn- und Verlust-Abrechnung. It contains financial data for the year ending March 31, 1920, including assets like real estate and liabilities like loans and capital.

Table titled 'Gewinn- und Verlust-Abrechnung' showing profit and loss details for the year ending March 31, 1920, including items like interest income, expenses, and net profit.

Baumwollweberei Mittweida.

C. Kopf.

Ich bestätige hierdurch, daß der vorstehende Rechnungsabschluss und das Gewinn- und Verlust-Konto in Übereinstimmung mit dem von mir gefertigten, ordnungsmäßig geführten Büchern aufgestellt sind.

Mittweida, 19. Juni 1920.

Friedrich Hünger, vom Rate der Stadt Leipzig beauftragter Buchhalter und für das Bank- und Amtsgericht zu Leipzig vereidigter Sachverständiger für kaufmännische Buch- und Geschäftsführung.

Advertisement for Baumwollweberei Mittweida, featuring text about the factory's production, management by Hermann Backofen, and contact information for Oscar Meyer.

Large advertisement for Reddersen-Kautabak, featuring the brand name in large letters, the slogan 'nur echt' (only authentic), and details about the quality and history of the tobacco.